

Wilsdruffer Tageblatt

Sechshundert Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff ist mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag bezugsfertig bei den Postämtern monatlich 20, durch unsere Kassen für den Monat 200, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 75, mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Kassen und Zeitungsverleiher nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Preis für den Druck und die Lieferung der Zeitung oder Kasse der Druckpreis.



Abonnementpreis 20, für die 6 getrennten Kassenblätter oder deren Raum, Postamt, die 3 Hefige Kassenblätter 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag ist der Preis nach Ermäßigung im amtlichen Teil (nur von Wilsdruff) die 2 getrennten Kassenblätter 20, Nachbestellung 30 Pf. Nachbestellung bis zum 10. September. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber ist ersucht, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur J. Schanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 116

Freitag den 15. September 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die belgische Regierung fordert von Deutschland die Rückgabe von zwei Schatzkisten und die Hinterlegung von 100 Millionen Goldmark in einer den Belgiern genehmen Form. Die am Freitag fällige Summe von 30 Millionen Goldmark aus dem Ausgleichsverfahren wird von der deutschen Regierung pünktlich bezahlt werden. Der Reichsfinanzminister warnte in einer Besprechung der Gewerkschaftsvertreter vor einer teilweisen Wiedereinführung der Zwangsverwaltung. Die deutschen Großindustriellen Sorge, Sinnes, Klöpper, Esberg, Siemens, Deutsch und Krüger werden sich nach Frankreich begeben, um dort die zerstörten Gebiete zu befruchten. Die Spitzenverbände der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter wollen noch im Laufe dieses Monats an die Regierung mit neuen Gehaltsforderungen herantreten. Die Türken beabsichtigen nach Thrazien vorzudringen, obwohl die alliierten Mächte Truppen zum Schutz der Meerengen Landt haben.

Wieder nichts!

Es sieht nicht gut um den Fortgang der Reparationsverhandlungen, für die man nach dem Scheitern der Berliner Besprechungen mit den belgischen Vertretern immer noch einige Hoffnungen hegte. Die belgische Regierung hat, ohne weitere Pariser Beschlüsse abzuwarten, dem belgischen diplomatischen Vertreter in Brüssel kurz vor dem 15. August und am 15. September fälligen Zahlungen in Höhe von 30 Millionen entgegengebracht, die durch ein Golddepot sichergestellt werden müßten. Eine bestimmte Frist für die Erfüllung dieses Verlangens wurde nicht gestellt, sondern nur noch hinzugefügt, daß das Golddepot in einer der belgischen Regierung genehmen Form hinterlegt werden sollte. Auf eine solche Mitteilung war die deutsche Regierung nach allem Vorangegangenen durchaus vorbereitet. Sie hatte vielmehr trotz des negativen Ausgangs der Verhandlungen mit Bismarck und Delacour an dem unmittelbaren Ausbruch einer neuen Reparationskrise nicht gedacht, was schon aus der sofortigen Einberufung der Staatssekretäre Fischer und Bergmann nach Paris hervorging. Statt dessen hat die belgische Regierung sich genau an den Wortlaut der Beschlüsse gehalten, die ihr von der Reparationskommission zuteil geworden waren, wobei sie sich im stillen Einverständnis mit dem Herrn und Gebieter Poincaré verfahren ist. Die Reparationskommission wird nun freilich auch ihrerseits in den nächsten Tagen zusammentreten und dabei vielleicht den deutschen Abgesandten Gelegenheit geben, den deutschen Standpunkt noch einmal zur Geltung zu bringen. Aber daß sie auf Grund der umfassenden Klärungen über unsere Lage, die den belgischen Herren in Berlin gegeben wurden, nun etwa ein- oder umkehren werde, darauf dürfen wir uns schwerlich Hoffnungen machen. Die Absicht des französischen Ministerpräsidenten ist jedenfalls auf ganz andere Dinge gerichtet.

Man kann schon glauben, daß die deutsche Regierung nicht gehobelt hat, eine andere Volkswirtschaft aus Brüssel zu erhalten nach der ganzen Art, wie die belgischen Vertreter sich in Berlin gegeben haben. Diese Herren zeigten sich durchwegs nicht unzugänglich für die deutschen Vorstellungen und gaben auch in mehr oder weniger unmissverständlicher Weise zu, daß uns weitere Zahlungen auf absehbarer Zeit unmöglich zugemutet werden könnten. Die Garantien, die hier schließlich in Aussicht gestellt werden konnten, scheinen ihnen auch soweit zu genügen, daß zu ihrer Forderung die vom Reichsbankpräsidenten für unerlässlich erklärte Verlängerung für die Schatzkisten wohl traurig war. Sie haben sich indessen mit dieser Auffassung in Brüssel nicht durchsetzen vermocht, und die deutsche Regierung ist nun wieder soweit, wie sie schon vor Wochen und vor Monaten gewesen ist. Sie kann nach ihren eigenen Wiederholungen und auf das eingehendste begründeten Verlangen keine namhaften Goldbeträge ins Ausland abgeben, einmal schon deshalb nicht, weil sie über solche nicht verfügt, oder soweit sie ihr noch zu Händen sind, damit unerlässliche Auslandskäufe an Lebensmitteln und Rohstoffen decken muß. „Erst Brot, dann Reparationen“, lautet bekanntlich die Formel, auf die der Reichskanzler Dr. Brüning unsere Zwangslage erst kürzlich noch gebracht hat. Die Reichsbank aber, die noch einen Goldbeitrag von rund einer Milliarde in ihren Kassen heherbergt, ist auf wiederholtes Verlangen der Entente völlig selbständig gemacht worden, so daß das Reich nicht mehr, wie es früher wohl zu tun in der Lage war, über ihre Bestände nach Belieben verfügen kann. Die Regierung kann das jetzt ebenso wenig, wie sie etwa die Goldreserve der Moskauer Bolschewikeregierung von ihrem Platz fortbewegen könnte. Die Reichsbank unterliegt jetzt ausschließlich den Vorschriften ihres eigenen Statuts, das sie selbstverständlich auch gegen jeden Versuch von auswärtiger Gewalt anzutun, mit allen zulässigen Mitteln verteidigen würde. Die belgische Regierung hat uns also ganz bewußt vor Forderungen gestellt, deren Unerfüllbarkeit ihr bekannt ist, deren Befolgung sie demnach mit Sicherheit voraussehen mußte. Will sie, daß man uns in Paris dafür mit Strafe

belegt, mit neuen Sanktionen, die das allgemeine Wirtschaftswesen in Europa nur noch verschlimmern müssen? Oder glaubt sie, nur einen Schritt von formaler Bedeutung getan zu haben, der nichts weiter auf sich zu haben braucht, weil die allerletzte Entscheidung schließlich doch erst von der Reparationskommission zu fällen wäre? Man sieht, die Mächtigen dieser Erde lieben es heute zuweilen, der Menschheit Rätsel aufzugeben, mit denen sie nichts anzufangen weiß.

Der sächsische Landtag aufgelöst!

Dresden, den 14. Sept., nachm. 4 Uhr. Der sächsische Landtag hat heute nachmittags nach über zweistündiger außerordentlich lebhafter, teilweise dramatischer Beratung mit den Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien die sofortige Auflösung beschlossen. Der Präsident schloß die Sitzung mit der Erklärung, der Landtag ist aufgelöst. Die Neuwahlen finden nach einer Information der Telegraphenunion am 5. November statt.

Das Veto der Entente.

Eine Warnung an die Türken. Die griechische Armee ist erledigt, aber dem weiteren Siegeslauf der Kemal-Türken, die den Krieg vom asiatischen auf den europäischen Boden hinübertragen möchten, stellt sich jetzt die Entente in den Weg, die vor der neutralen Zone um Konstantinopel ihr „Bis hierher und nicht weiter“ rufen. „Daily Mail“ meldet, daß die Alliierten der türkischen nationalistischen Regierung eine Note überreicht haben, in der die Warnung wiederholt wird, daß jedem Versuch der Türken in Thrazien einzubringen, Widerstand entgegenzusetzen würde. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel ist die Küste des Marmarameeres, die von den Griechen geräumt wurde, von französischen Truppen besetzt worden, die dort die Ankunft der Kemalisten abwarten. Brussa ist ebenfalls von französischen Truppen besetzt worden. Die griechischen Truppen wurden nach Rodos auf europäischer Ufer des Marmarameeres zurückgenommen. Zwei französische Kompanien sind in Mudania gelandet worden, um die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Ebenso sind englische und französische Truppenabteilungen mit den in Istanbul liegenden italienischen vereinigt worden, um auch diesem Punkt eine internationalisierte Besatzung zu geben.

Der Kampf gegen die Wirtschaftsnot.

Die Gewerkschaftsführer beim Wirtschaftsminister. Im Reichswirtschaftsministerium fand erneut eine Aussprache der Gewerkschaftsführer und der Leitung des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums statt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, die Arbeiter müßten verlangen, daß auch die Arbeitgeber ihr Interesse angeht, der Not des Volkes zurückzutreten, daß Handel und Industrie in der Preisgestaltung Maß hielten und nicht dem Dollarkurs auf dem Inlandsmarkt wahllos nachließen. Sie betonten ferner, seitens der Arbeitgeber werde von den Wirtschaftsressorts und vom Gesamtkabinett gefordert, daß sie die Wirtschaft und die Preise nicht sich selbst bzw. den außenpolitischen und spekulativen und damit schließlich den extremen links-agitatoren Einfluss überließen.

Der Reichswirtschaftsminister erörterte die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, welche sich bei der Bekämpfung des Auslaufes des deutschen Marktes durch die Ausländer zeigten und unterstrich die schweren Bedenken, welche der tadelnswerten Fakturierung in Auslandswährung im Inlande entgegenständen. Weitere währungsrechtliche Maßnahmen, wie die Wiedereinführung des Geld- und Kreditnot und eine strengere Kontrolle des Devisenverkehrs, würden mit den andern zuständigen Stellen erörtert. Eine Besteuerung der Wörse und Gewinne bzw. eine scharfe Erfassung der Einkommensteuer habe durchaus seine Billigung; während eine Ausgestaltung der Besteuerung des Luxusgewerbes nicht viel einbringen könne. An den Preisprüfungs- und Wucherbestimmungen werde er grundsätzlich festhalten.

Der Reichsfinanzminister kam eingehend auf die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft zu sprechen. Er warnte eindringlich vor der Auffassung, daß es möglich sei, einseitig ein Gebiet der Ernährungswirtschaft allein oder diese letztere insgesamt unter Freilassung der übrigen Gewerbe in Zwangswirtschaft zu nehmen. Alle Erfahrungen aus der Kriegs- und Übergangszeit sprachen dagegen.

Die Reichsgetreidestelle habe für die nächste Zeit genügend Brotgetreide in der Hand; entpöpreche

die Ablieferung auf die Umlage den Erwartungen, dann sei unter Berücksichtigung der Auslandskäufe die Versorgung bis Frühjahr 1923 sichergestellt. Bedingung sei jedoch, daß der Preis für das Umlagegetreide der eingetragenen Geldwertung nach Möglichkeit angepasst werde. Den Ausfall der Ernte schätzte er in Brotgetreide um etwa 20 Prozent niedriger ein als im Vorjahre, im Gegensatz zu den Vorjahren lebten wir indessen heute noch von der vorjährigen Ernte, und es seien zweifellos noch beachtliche Bestände alter Ernte in den Händen der Erzeuger und des Handels. Die Kartoffelernte verspreche in allen Teilen Deutschlands sehr gut zu werden; in Süddeutschland wüßten sich alte Leute eines ähnlichen Segens kaum zu erinnern. Daher empfehle es sich nicht, heute mit Zwangsmahnahmen oder auch nur mit der Einführung von Höchst- oder Mindestpreisen vorzugehen, denn diese würden sofort zu Mindestpreisen für alle, auch für die Erzeugergebiete selbst werden. Eine alte Ernte werde die Preise selbstständig niedriger halten, als es die Festsetzung von Höchstpreisen tun könne. In der Zukunft werde die Wirtschaft hoffentlich ohne Zuderkarte dahin zu brinnen, daß die Bevölkerung besser versorgt werde.

Die Not der deutschen Wirtschaft.

Ein Vortrag des Abg. Dr. Stresemann. Köln, 13. September. Vor zahlreichen Mitgliedern des Verbandes rheinischer Industrieller sprach hier Dr. Stresemann über die „Not der deutschen Wirtschaft“. Er betonte u. a. das bedeutende Maß der Arbeitslosigkeit. Es würden nur noch 50 Prozent der Friedensleistung erzielt. Unsere Lebenshaltung sei von 60.000 auf 200.000 Toman zurückgegangen. Dagegen ließe eine Einfuhr von 200.000 Tonnen weitergehende Arbeit der deutschen Wirtschaft. Wenn Deutschland 1871 so indiziert gewesen wäre wie heute, dann hätte es nicht die Vorkriegslöhne erreicht. Zur Frage der Lebenshaltung der Gewerkschaften“ äußerte Dr. Stresemann, es sei Aufgabe der Industrie, sich in gleicher Weise Gehör zu verschaffen. Die Wirtschaftler dürften sich nicht aus dem öffentlichen Leben zurückziehen, sondern müßten an fahrender Stelle stehen. Das deutsch-französische Lieferungsabkommen könne vielleicht in Frankreich den Kreislauf verschaffen, die eingeschleppt haben, daß ein Zusammenbruch Deutschlands auch den Ruin Frankreichs nach sich ziehen müßte. Zur Judenfrage erklärte der Redner, wenn man die Anlage erbehe, daß das Judentum sich im Mißverhältnis zu seiner Zahl an die führende Stelle gehoben habe, so dürfe man wiederum nicht vergessen, daß das Judentum und seine Persönlichkeiten aus der Wirtschaft immer mitten im Gefestleben gefanden haben. Hätten die Industriellen die Führung mit den Gewerkschaften nicht derartig verloren, so würden die Juden nicht diese Stellung erreicht haben.

Der Untergang der „Hammonia“.

Angewidlich 30 bis 50 Todesopfer. Hamburg, 13. September. Während die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie, der der in der Nähe der portugiesischen Küste gesunkene Dampfer „Hammonia“ gehörte, auch jetzt noch erklärt, daß es nicht ganz sicher sei, ob bei dem Untergang des Schiffes Passagiere oder Mannschaften das Leben eingebüßt haben, lauten die Nachrichten aus Paris, London und Madrid, nach denen bei der Katastrophe dreißig bis fünfzig Menschen den Tod gefunden haben sollen, immer bestimmter. Der Schiffbruch soll auf den Umstand zurückzuführen sein, daß die Luken zu den Kohlenbunkern schlecht verschlossen waren, so daß das Wasser eindringen konnte. Als der Kapitän des Schiffes dies bemerkte, sei es bereits zu spät gewesen, die eindringende Flut zu bekämpfen. Etwa 70 Seemeilen von Vigo entfernt, ging das Schiff unter. Es war in diesem Augenblick bereits von fünf funktentelegraphisch herbeigerufenen englischen Dampfern umgeben; diese Dampfer retteten die Passagiere und Mannschaften, soweit sie sich nicht schon auf Rettungsboote begeben hatten. Von den Rettungsbooten sollen zwei, in denen sich Frauen und Kinder befanden, untergegangen sein. Auch ein Boot des zur Rettung herbeigeeilten Dampfers „Kinfauns Castle“ schlug im Sturm um, doch gelang es, die Besatzung sowie die aufgenommenen Schiffbrüchigen zu retten. Der Kapitän der „Kinfauns Castle“ sah, wie Frauen und Kinder sich an die umgeschlagenen Rettungsflöße klammerten; in der See trieben die Leichen Strömungen. Die „Kinfauns Castle“ ist inzwischen mit 385 Überlebenden der „Hammonia“ in Southampton eingetroffen. Der Kapitän der „Hammonia“, Hofer, der vor dem Kriege Kapitän des „Imperator“ war, sagte, daß sein Schiff den Hafen von Vigo mit 355 Passagieren und einer Mannschaft von 192 Offizieren und Seeleuten verließ. In der Nacht zum 8. September kam ein starker nordwestlicher Sturm auf, der bald darauf die Stärke eines Orkans annahm. Am nächsten Morgen fand man, daß das Schiff led war. Kleinge Wellen brachen darüber hin, und die „Hammonia“ senkte sich langsam nach Steuerbord. Darauf ließ der Kapitän Rossianale aussteigen. Der